

Ausgabe 1.2009

klartext

Magazin der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt



Frauenpolitik ist zu wenig!

In Kürze

- Kräfte bündeln im Superwahljahr! |2
- Rassismuskonferenz |3
- Bundestagsrubrik |3

Titel

- Frauenpolitik ist zu wenig! |4
- Fahren Frauen anders? |6

Themen

- Am Puls der Zeit... |7
- Konsequent europäisch |8
- Debatte um Europa |10
- Zum Müllskandal |12
- Streiflichter der Finanzpolitik |13
- Eine Welt ohne NATO |14
- Endlich Linke an der Uni |15
- Geburtsstunde unserer Demokratie |16
- Gerechtigkeit für „Kriegsverräter“ |17

Kolumne

- Wessen Krise? Welche Antworten? |18

Satire & Termine

- Abgeordneter v. Aktenrath |19

Buchtipps

Impressum

klartext

Magazin der LINKEN in Sachsen-Anhalt

Herausgeber:

Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Redaktion: Anke Lohmann (Leitung), Martin Reso, Matthias Höhn (V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Thomas Drzisga, Matthias Gärtner, Joachim Spaeth, Oliver Müller, Henriette Quade, Felix Knothe, Peggy Krößmann

Druck: Harzdruckerei, Wernigerode

Auflage: 5.000 Exemplare

Preis: Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22.02.2009.

KLARTEXT erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrender Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Kontakt und Bestellung: DIE LINKE. Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion KLARTEXT, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg, Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848, E-Mail: lgst@dielinke-lsa.de

Kräfte bündeln im Superwahljahr!

Das Jahr 2009 hat mit einem politischen Achtungszeichen begonnen. DIE LINKE hat erstmals den Wiedereinzug in ein westdeutsches Landesparlament geschafft. Das beweist: Unsere Partei ist in den alten Bundesländern kein vorübergehendes Phänomen. Gratulation nochmals an die Hessinnen und Hessen! Und herzlichen Dank an die Mitglieder unseres Landesverbandes, die vor Ort zum Erfolg beigetragen haben!

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Bundesrepublik spürbar erfasst. Die ersten Entlassungen sind geschehen, die angemeldete Kurzarbeit hat deutlich zugenommen. Die Bundesregierung reagiert zögerlich und halbherzig. Das aufgelegte Konjunkturprogramm ist zwar punktuell ein Schritt in die richtige Richtung (z.B. die angekündigten Investitionsmittel), bleibt aber in seinem Umfang hinter den Notwendigkeiten zurück und ist in Teilen sogar eine Fortsetzung der Politik der letzten Jahre. So sind die angekündigten Steuerentlastungen für Länder wie Sachsen-Anhalt, wo weitgehend niedrige Löhne gezahlt werden, kein wirksames Mittel für eine spürbare Konsumbelebung. Gleichzeitig verzichteten CDU und SPD immer noch darauf, endlich diejenigen an den Kosten der Krise zu beteiligen, die in den letzten Jahren so prächtig verdient haben. Wo bleibt eine Millionärsabgabe, wo eine angemessene Vermögensbesteuerung, wo eine Besteuerung der riesigen Börsenumsätze? Das wäre ein Beitrag zu mehr sozialem Ausgleich ohne Finanzierung über Schulden.

Die Landesregierung passt ins Bild: Abwartend, ratlos, halbherzig! DIE LINKE hat

ein eigenes Programm vorgestellt, das wir als Ergänzung zu den Maßnahmen auf Bundesebene verstehen und an die speziellen Gegebenheiten unseres Bundeslandes angepasst haben: Die Einführung einer kostenfreien Mittagsversorgung an Kitas und Grundschulen wäre eine tatsächliche Entlastung tausender Familien mit Kindern, die vollständige Befreiung von den Kosten der Schülerbeförderung und ein Paket zur Anschaffung von Lehrmitteln an den Schulen ebenso. Und die Übernahme der Kofinanzierungsanteile der Kommunen beim Bundesinvestitionsprogramm durch das Land wäre ein Beitrag zu mehr kommunaler Selbstverwaltung und würde die Mittel in großem Umfang fließen lassen.

Wir werden in diesem Superwahljahr unsere Kräfte bündeln müssen. Jede und jeder wird gebraucht! Präsenz bei den Menschen vor Ort, klare und realistische politische Alternativen, Geschlossenheit im Auftritt – darum muss es uns gehen. Auch und gerade in Zeiten der Krise drängen wir auf den sozialen Ausgleich in unserem Land und fordern mehr Gerechtigkeit ein. Dies ist und bleibt unser Markenzeichen. Viele werden sich in den kommenden Monaten einen sozialen Anstrich geben und die ungezügelter Marktfreiheit kritisieren. Das glaubwürdige Original aber bleiben wir: Original Sozial – DIE LINKE!

| Matthias Höhn

Landesvorsitzender der LINKEN in Sachsen-Anhalt

7. März 2009

Schulpolitische Konferenz

„Bildung, die ankommt!“

Innere Differenzierung • Individuelle Förderung
Kooperative Lernformen • Lehrerbildung • Personal und Finanzen

Termin: 7. März 2009 • 10.00 – 15.30 Uhr
Ort: Landtag von Sachsen-Anhalt • Domplatz 6-9 • 39104 Magdeburg

www.dielinke-fraktion-lsa.de
E-Mail: fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de



rls
SACHSEN
ANHALT



DIE LINKE.
Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt

Konferenzankündigung: Let's talk about: Rassismus

Die Gefahr für Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge oder Schwarze Deutsche, Opfer eines rassistischen Angriffs zu werden ist in Sachsen-Anhalt zehn Mal so hoch wie beispielsweise in Hessen oder anderen Bundesländern. Rassistische Gewalt ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Es gibt also genügend Gründe, über Rassismus zu sprechen. Wie wirkt sich Rassismus im Alltag aus? Welche Erfah-

rungen gibt es mit staatlichen Institutionen? Und wer tritt Rassismus entgegen?

Konferenz am 26. März 2009, 10.30 bis 17.00 Uhr in Magdeburg

Veranstalter: Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt in Kooperation mit dem Landesnetzwerk der Migrantenselbstorganisationen

Mehr Informationen:

opferberatung.sued@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de

Von der Einladung sind ausgeschlossen: Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören oder der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind.

Berlin in Sachsen-Anhalt - die Bundestagsrubrik

Ohne Moos nix los – Gemeindefinanzreform ist längst überfällig

Die Bundesregierung rühmt sich, mit ihrem kommunalen Investitionsprogramm etwas Gutes für die Kommunen getan zu haben. Dabei wird aber völlig übersehen, dass in Folge der Verabschiedung der anderen Maßnahmen im Rahmen der Konjunkturpakete I und II die Kommunen weniger Steuereinnahmen haben werden. Untersuchungen des Instituts für Makroökonomie der Hans-Böckler-Stiftung und des DGB, aber auch die Darstellungen der Bundesregierung zeigen, dass es durch die beschlossenen Konjunkturmaßnahmen 2009 und 2010 zu Mindereinnahmen von 6 Mrd. Euro kommen wird. Damit stehen den Kommunen real nur 5,51 Mrd. Euro statt 11,51 Mrd. Euro aus dem kommunalen Investitionsprogramm bzw. dem KfW-Kredit-Programm zur Verfügung. Hinzu kommt, dass aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch die Kommunen die Rezession zu spüren bekommen und hier weniger Einnahmen zu erwarten sind. Prognosen besagen, dass die Gewerbesteuererinnahmen aufgrund der schlechten Wirtschaftslage vieler Unternehmen bereits in diesem Jahr zurückgehen werden. Auch die Zunahme der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit werden sich auf der Einnahmenseite auswirken. Damit wird sich die prekäre Finanzlage der Kommunen weiter verfestigen und die Schere zwischen armen und reichen Kommunen wird größer werden. Hier gegenzusteuern, muss die Verantwortung des Bundes sein, zumal die Entscheidungen der

Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen nicht nur zu Steuermindereinnahmen, sondern auch zu Mehrausgaben in den Kommunen vor allem im sozialen Bereich führen werden. Daher beabsichtigt die Fraktion DIE LINKE auf meine Initiative hin, im Mai 2009 die Verantwortung des Bundes für die Stärkung der Kommunen erneut auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestages zu setzen. Den Termin habe ich ganz bewusst gewählt, denn am 7. Juni 2009 finden in acht Bundesländern Kommunalwahlen statt.

Neben den bereits in den Bundestag eingebrachten Anträgen wie zum Beispiel zur sofortigen Abschaffung der Gewerbesteuerumlage des Bundes und schrittweisen Abschaffung der Gewerbesteuerumlage der Länder sowie zur Einführung einer kommunalen Investitionspauschale für ostdeutsche Städte, Gemeinden und Landkreise und für finanzschwache Kommunen in den Altbundesländern werden wir u.a. folgende Forderungen an die Bundesregierung stellen:

Einführung einer Konnexitätsregelung für die Fälle, in denen der Bund bereits Aufgaben an die Kommunen übertragen und eine quantitative und qualitative Ausweitung der Aufgaben vorgenommen oder aber sich aus der Finanzierung zurückgezogen hat; dazu zählen u.a. der Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Kosten der Unterkunft, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbslosigkeit oder

aber die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen; Einbeziehung aller unternehmerisch Tätigen in die Gewerbesteuerpflicht und Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer; Schaffung von Voraussetzungen für eine andere Finanzausstattung der Landkreise; kommunalfreundliche Umsetzung des Konjunkturpakets II, darunter verbindliche Verabredungen mit den Ländern die Bundesmittel eins zu eins an die Kommunen weiter zu reichen, und zur Absenkung bzw. zum Erlass des Kofinanzierungsanteils für finanzschwache Kommunen, Schaffung bundesgesetzlicher Voraussetzungen für Rekommunalisierungen (wie z.B. zum Rückkauf der Netze) sowie zur Offenlegung und Rückabwicklung von CBL-Verträgen; Auflösung der PPP Task Force des Bundes und der Beratungsgesellschaft „Partnerschaften Deutschland“ sowie Umwidmung dieser Mittel für den Aufbau eines bundesweiten Beratungsnetzwerkes „Rekommunalisierung“.

Im Kern geht es also um eine nachhaltige Stärkung der Einnahmenseite der Kommunen, einen Schritt in Richtung Gemeindefinanzreform, damit kommunale Selbstverwaltung wieder gelebt werden kann, Gestaltungsspielräume für eine linke Kommunalpolitik erweitert und solidarische Bürgerkommunen bundesweit zum Markenzeichen der Partei DIE LINKE werden können.



Katrin Kunert ist kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

Frauenpolitik ist zu wenig!



Für ein neues Netzwerk linker Geschlechterpolitik

Die Frauenbewegung war die treibende Kraft, die Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen Schritt für Schritt zum Thema politischer Debatten gemacht hat. Der daraus folgende gesellschaftliche Wandel ist inzwischen unübersehbar. Die Frage, ob die Fortschritte in einigen Lebensbereichen schon ein Paradigmenwechsel sind oder ob die Veränderungen auf der strukturellen Ebene erst noch erkämpft werden müssen, wird unterschiedlich beantwortet. Klar geworden ist jedoch: Wirkliche Veränderungen in den Wertvorstellungen und in den gesellschaftlichen Strukturen sind nur zu haben, wenn der politische Blick dabei nicht mehr nur auf eine wie auch immer definierte Frauenfrage bzw. -politik reduziert wird. Frauen sind anders. Männer auch. Männer müssen sich verändern. Frauen auch. Um den dahinter liegenden Ursachen und Zusammenhängen nachhaltig zu begegnen, gehören beide Perspektiven – und zwar in ihren vielfältigen Wechselwirkungen – ins Blickfeld.

So werden beispielsweise bei der Frage nach gerechter Teilhabe an Bildungschancen in Deutschland einerseits die Probleme vieler Jungen in der schulischen Ausbildung immer stärker sichtbar, während andererseits festgestellt werden muss, dass Frauen oft noch der individuelle Gewinn aus ihrem Bildungserfolg verwehrt wird. Der Vergleich weiblicher und männlicher Erwerbsbiografien spricht da eine deutliche Sprache. Damit wird deutlich: Um die Bildungs- und beruflichen Erfolgchancen für Frauen und für Männer zu verbessern, greifen frauenpolitische Ansätze zu kurz. Jedenfalls zeigen die bisherigen Erfahrungen, dass sie in dieser Verengung nicht einmal für Frauen zum erhofften und erwarteten Erfolg führen. Die Reihe ähnlicher Beispiele ist lang. Erinnert sei hier nur noch an die unterschiedlichen Chancen von Männern und Frauen auf aktive Elternschaft. Während von Frauen noch immer wie selbstverständlich erwartet wird, die Hauptverantwortung für die Betreuung ihrer Kinder zu übernehmen, werden Väter nicht selten von ArbeitgeberInnen schief angeguckt, wenn sie einen Teil der Elternzeit nehmen wollen. Nicht selten halten Frauen auch selbst an tradierten Rollenbildern fest, weil sie für sich keine andere lebbare Lösung erkennen.

Viel zu sehr sind beide Geschlechter in ihren Prägungen, in ihren jeweils unterschiedlichen Einfluss- und Gestaltungspotenzialen auf alle Bereiche des Lebens miteinander verwoben, viel zu sehr ist die Benachteiligung des einen mit der Privilegierung des anderen Geschlechts verbunden, als dass ein einseitiger Blick darauf die Probleme lösen könnte.

Um die verschiedenen Aspekte der Diskriminierung von Frauen und von Männern identifizieren zu können, müssen beide Perspektiven unter die Lupe genommen werden. Um konstruktiv wirksame Alternativen und Strategien dagegen zu setzen, bedarf es der strategischen Partnerschaft und des konstruktiven Streits zwischen interessierten und engagierten Frauen und Männern.

Schaut man noch genauer hin, wird schnell klar, dass nicht nur das Geschlecht als „Platzanweiser“ im realen Leben wirkt. Auch andere soziale Kategorien entscheiden unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen darüber, wer über welche Ressourcen verfügt und wem welche Lebens- und Teilhabechancen zugeteilt werden. Das Alter, die ethnische Herkunft, die Erstsprache, die Hautfarbe, körperliche oder seelische Besonderheiten, die individuelle Leistungsfähigkeit, die sexuelle Orientierung, Armut oder Reichtum und vieles andere mehr gehören dazu. Menschen – Frauen und Männer – leben an den Schnittstellen dieser Kategorien, die ihr Leben in sehr unterschiedlicher Weise beeinflussen. So vermag es der akademisch gebildeten Frau mit heller Hautfarbe vergleichsweise besser gelingen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten als dem Einwanderer afrikanischer Herkunft mit hierzulande unbekanntem und nicht wertgeschätztem Bildungsabschluss.

Nimmt man dieses komplexe und auf vielfältige Weise verwobene Geflecht aus Privilegierungen und Benachteiligungen entlang dieser verschiedenen Kategorien in den Blick, wird sofort klar, dass der reduzierte Blick auf die Geschlechterfrage zu kurz greift, auch wenn sie unbestreitbar eine zentrale Stellung hinsichtlich der zugewiesenen Lebenschancen einnimmt. Im Diskurs über politische Alternativen müssen deshalb alle diese Perspektiven und Schnittpunkte – an zentraler Stelle dabei die Geschlechterperspektive – mitgedacht und diskutiert werden. Vorhandene und zu entwickelnde politische Konzepte müssen

danach befragt werden, wie sie auf die unterschiedlichen Lebenslagen von Menschen, von Frauen und von Männern, wirken, welche Potenziale sie besitzen, um sie zu verändern, und auch danach, welche Gefahren darin lauern, sie fortzuschreiben oder gar zu zementieren. Dieser Grundsatz muss für alle politischen Handlungsfelder gelten.

Aus dieser Erkenntnis heraus entstand bei einer Reihe von Mitgliedern und SympathisantInnen der Partei DIE LINKE – Frauen und Männer – der Wunsch, eine gemeinsame Plattform für eine moderne linke Geschlechterpolitik zu gründen: das Forum linke Geschlechterpolitik.

Wir wollen, dass die Frage der Gleichstellung der Geschlechter in ihrer Vielschichtigkeit selbstverständlicher Bestandteil der Politik der Partei DIE LINKE, ihrer praktischen Politik und organisatorischen Verfasstheit, wird.

Es soll ein Netzwerk entstehen, um Debatten anzuregen, Standpunkte auszutauschen, Informationen weiterzugeben und Kontakte aufzubauen. Ein gewichtiges Instrumentarium soll dabei ein neues Internetforum sein. Hier sollen Fragestellungen von besonderem Interesse gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, dem politisch-institutionellen Bereich und dem außerparlamentarischen Aktionsfeld transparent und unter Einhaltung klarer demokratischer Regeln diskutiert und für die praktische Politik auf jeder Ebene nutzbar gemacht werden. Dieses Forum kann jederzeit ergänzt werden und steht allen offen, die sich für eine moderne linke Geschlechterpolitik interessieren und engagieren.

Es sollen mit Hilfe dieses Forums Konzepte erarbeitet und Vorschläge gemacht werden, politische Beratung soll ermöglicht und ein linker geschlechterpolitischer Diskurs in der Partei DIE LINKE und darüber hinaus initiiert werden. Wissen, Engagement und Interesse sollen vernetzt werden.

Wir wünschen uns dabei viele Unterstützerinnen und Unterstützer, die das Entstehen eines solchen Netzwerkes aktiv begleiten und sich im Rahmen der jeweils möglichen Ressourcen an Zeit, Kraft und materiellen Möglichkeiten einbringen.

Wir wollen eine effektive, substanzielle und zugleich lebendige Netzwerkarbeit,

um dabei mit den individuellen Möglichkeiten einer jeden und eines jeden sehr verantwortungsvoll umzugehen. Wir wollen uns einmischen in die politischen Debatten in den Gremien innerhalb der Partei DIE LINKE.

Alle, die sich für eine moderne linke Geschlechterpolitik interessieren und engagieren wollen, sind herzlich willkommen auf: **www.forum-linke-geschlechterpolitik.de**

| Uta Blume, Birke Bull, Christian Schenk haben das Forum zu linker Geschlechterpolitik initiiert.

Fahren Frauen anders?

Gender Mainstreaming ist der geschlechtersensible Blick auf Politik und Verwaltung. Von Interesse ist, welche Folgen politische Entscheidungen auf Frauen haben und welche Folgen auf Männer. Jede politische Frage ist zugleich eine Männerfrage und eine Frauenfrage. Eine geschlechtersensible Stadtentwicklungspolitik fragt, ob die Gemeinde für Frauen gleichermaßen Lebensqualität und Entwicklungsperspektiven bietet wie für Männer.

■ In der Gemeinde leben Frauen und Männer ihren Alltag – vermutlich auf jeweils unterschiedliche Weise, mit unterschiedlichen Bedürfnissen, Gewohnheiten und Aufgaben. Dafür müssen sie mobil sein, zu Fuß, mit dem Rad, mit dem Rollstuhl, mit dem Auto oder dem öffentlichen Nahverkehr. In größeren Gemeinden verfügen 50 Prozent der EinwohnerInnen regelmäßig und autonom über einen Pkw. Überwiegend sind es allerdings Frauen, die dabei zu kurz kommen. Sie nutzen eher Fahrrad, Bus und Bahn, gehen zu Fuß oder schieben den Rollstuhl. 43 Prozent der Wege berufstätiger Frauen dienen reproduktiven Tätigkeiten: z.B. Einkaufen oder Familienaufgaben. Beides gilt oft noch immer als Frauensache. Frauen leisten wöchentlich fast 31 Stunden unbezahlte Arbeit, Männer dagegen nur 19,5 Stunden (vgl. NRW – Demografischer Wandel; Die Stadt, die Frauen und die Zukunft). Gerade Haus- und Familienarbeiten – gleich in welcher Zuständigkeit – erfordern flexible Mobilität, oft im sozialen Nahraum. Nicht selten sind es Frauen die dabei auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind. Hinzu kommen unterschiedliche familiäre Lebenslagen und materielle Ressourcen. Vor allem alleinerziehende Frauen haben hierbei laut Armutsbericht des Landes das Nachsehen. Weniger Zeit, weniger Geld, weniger Möglichkeiten. Aber die Politik läuft diesen Bedürfnissen zuwider. 2006 beschloss die Bundesregierung, ihre Zuschüsse für Nahverkehrsleistungen zu kürzen. Meist wird gekürzt, wo am we-

nigsten Widerstand zu erwarten ist. Vor allem der Verkehr in den beruhigten Zeiten ist gefährdet – dann, wenn mehr Frauen unterwegs sind. Gleichzeitig sind die Kommunen durch das Ansteigen des individuellen Verkehrs überfordert: fehlende Garagen und Parkplätze, notwendige Straßensanierungen, schadstoffgefährdete Altstadtkerne.

Eine Atmosphäre der ständigen Beschleunigung entsteht. Sie erzeugt Angst und Unsicherheit – vor allem bei Kindern und älteren Menschen. Dem zu begegnen, brächte ein Zugewinn an Lebensqualität – und zwar für alle, für Frauen und für Männer, für Ältere wie für Jüngere. Zeitwohlstand, schadstoffärmere Umgebung, mehr Kommunikation und Raum für Privates.

Eine geschlechtergerechte Verkehrsplanung als Gegenstrategie?

Bus und Bahn müssen in angemessener Zeit – auch zu Fuß – erreichbar sein. Auch in weniger intensiv genutzten Zeiten braucht es kurze Fahrtaktabstände für die flexible individuelle Zeitplanung. Barrierefreiheit ist nicht mehr nur ein Thema für Menschen mit Behinderungen, sondern wird zur Zukunftsfrage. Mit dem Fahrrad, dem Kinderwagen oder dem Rollstuhl unterwegs zu sein, gestaltet sich dagegen oft zum Abenteuer. Mobil eingeschränkte Fahrgäste sind auf das Wohlwollen von MitbürgerInnen angewiesen.

Stadt- und Verkehrsplanung ist meistens Männersache. Die Beteiligung von Frauen

wäre dagegen eine Alternative. Das Beispiel Berlin-Lichtenberg ist dabei sehr erfolgreich. In den Gebiets- und Kernbeiräten sitzen Vertreterinnen und Vertreter der SeniorenInnenvertretung, des Frauennetzwerkes, des Behindertenbeirats, des Fahrgastbeirates, des SchülerInnenausschusses, des MigrantInnenrates, des Netzwerkes „besser leben“ gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die dieses Projekt begleiten. Ein Beispiel für Mitbestimmung. Und ein positives Beispiel für Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung.



In der Praxis verhindert oft bereits das Beharrungsvermögen der Verwaltung innovative Ideen. Schon das Wort Beirat löst Abwehr aus. Ich bin Mitglied im Beirat des öffentlichen Nahverkehrs im Burgenlandkreis. Er tagt nur alle fünf Jahre zur Aufstellung des Nahverkehrsplanes. Nötig wäre dagegen die regelmäßige Einbeziehung. Die Beteiligten müssten beispielsweise über Haltestellen und deren Gestaltung mitreden können. Konkret muss diskutiert werden, wo die Barrieren liegen. Es sind oft nur kleine Dinge, die verärgern. Oder eben nicht, wenn sie vermieden werden. Als Mitglied im Fahrgastbeirat der DB Sachsen-Anhalt Süd weiß ich, wie's geht, wenn Vielfahrer und Planer zusammensitzen. In gemeinsamen Testfahrten ging es z.B. um die Bedienung der Automaten, das Schließen der Fahrzeugtüren, die Anordnung der Sitze, Umsteigezeiten. Das ist – oder besser das wäre gelebte Demokratie: Mitwirkung und das Gefragt werden.

| Karin Denk ist aktiv in der Frauenarbeitsgemeinschaft Lisa Sachsen-Anhalt.

Regionalkonferenzen

Für die inhaltliche Vorbereitung der Wahlkämpfe führen Landesvorstand und die Stadt- und Kreisvorstände der Partei DIE LINKE in allen fünf Regionen des Landesverbandes Konferenzen durch.

Auf diesen werden letzte Weichen für die Schwerpunktsetzung in der kommenden Wahlauseinandersetzung gestellt. Insbesondere das Konzept der LINKEN zur Landesentwicklung, zugeschnitten auf regionale Fragestellungen, wird auf den Konferenzen dargestellt. Die Veranstaltungen dienen der Vorbereitung auf die landesweite Debatte zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes in Sachsen-Anhalt. Für DIE LINKE geht es dabei vorrangig um die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

TERMINE

Regionalkonferenz Anhalt

21. März 2009
Bitterfeld, Ratssaal
Markt 7

Regionalkonferenz Harz

4. April 2009
Hettstedt, Klubhaus
Klubhausstraße 26

Regionalkonferenz Altmark

4. April 2009
Winterfeld, „Winterfelder Hof“
Am Bahnhof 100

Regionalkonferenz Magdeburg

18. April 2009
Magdeburg, DGB-Haus
Otto-von-Guericke-Straße 6

Regionalkonferenz Südliches Sachsen-Anhalt

18. April 2009
Weißenfels, Kulturhaus
Merseburger Straße 14

Beginn ist jeweils um 10.00 Uhr.

Weitere Infos und Kontakt:

www.dielinke-lsa.de
lgst@dielinke-lsa.de

Am Puls der Zeit...

Landesentwicklungsplan bleibt heißes Thema

■ Nach Willen der Magdeburger Koalition wird bis zum Ende der laufenden Wahlperiode ein neuer Landesentwicklungsplan – kurz LEP genannt – aufgestellt. Er bildet die „Leitplanken“ für die landesplanerischen Entscheidungen der nächsten 12 bis 15 Jahre. DIE LINKE hat deshalb vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen die Landesentwicklung zu einem der Schwerpunkte der politischen Arbeit der laufenden Wahlperiode gemacht. So wurden auf dem Landesparteitag im September 2008 die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes Sachsen-Anhalt und die Öffentliche Daseinsvorsorge zu entscheidenden Handlungsfeldern erklärt (siehe KLARTEXT 3/2008). Mittlerweile ist auch der Regierungsentwurf des LEP erschienen und die Träger öffentlicher Belange (TÖB) – Kommunen, Spitzenverbände, Kammern, Vereine u. a. – hatten Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme.

Als eines der zentralen Felder der politischen Auseinandersetzungen deutete sich im Vorfeld die zentralörtliche Gliederung an, d.h. die Einstufung der Orte in die Kategorien Ober-, Mittel- und Grundzentrum, die entscheidend für die zukünftige Mittelverteilung ist. Während die Landesregierung hier einen Kahlschlag im Netz der Mittelzentren plante, trat DIE LINKE für ein neuartiges Konzept grundzentraler Versorgungsräume ein, das wesentliche Funktionen öffentlicher Daseinsvorsorge in der Fläche erhalten würde. Völlig überraschend ist die Landesregierung inzwischen auf den Kurs der Opposition eingeschwenkt! DIE LINKE ist am Puls der Zeit. Städte und Gemeinden unterstützen ihre Forderungen (siehe Zitat).

Das Hauptfeld der Diskussion wird sich nun sicherlich hin zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge, speziell zu deren Ausstattungsmerkmalen, verschieben. Als weiterer Schwerpunkt schält sich zudem ein energiepolitischer Diskurs heraus.

Gegenwärtig wertet die Landesregierung die eingegangenen Stellungnahmen aus und wird voraussichtlich im Herbst einen

zweiten Entwurf des LEP vorlegen. Für die kommenden politischen Auseinandersetzungen verfügt DIE LINKE über gute konzeptionelle Ausgangsbedingungen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass Raumordnung und Landesentwicklung zwar politikübergreifend agieren, selbst aber wiederum nur Teil der „großen“ gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen der Zeit sind. Soziale Wohltaten und die Lösung der drängenden gesellschaftlichen Probleme sind von der Raumordnung allein nicht zu erwarten. Ihre Missachtung wird jedoch zu deren Verschärfung beitragen.

Alle Infos unter
www.sachsen-anhalt-liebenswert.de

„
Beschluss der 10. Mitgliederversammlung des **Städte- und Gemeindebundes (SGSA)** am 17.11.2008: „Der SGSA fordert die Landesregierung auf, allen Einheitsgemeinden und Verbandsgemeinden, ... , den Status des Grundzentrums einzuräumen und dies auf das gesamte Gebiet der jeweiligen Gemeinde zu erstrecken ...“
“



Uwe Köck

ist landesentwicklungs- und raumordnungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion.

Konsequent europäisch

Interview mit **Lothar Bisky** zu den Europawahlen 2009

■ Am 7. Juni 2009 finden in Deutschland Europawahlen statt. Die Partei DIE LINKE hat ihr Wahlprogramm und die Liste ihrer Kandidatinnen und Kandidaten Ende Februar in Essen beschlossen. KLARTEXT sprach vor dem Parteitag mit Lothar Bisky, dem designierten Spitzenkandidaten der LINKEN für das Europäische Parlament.

Das Wissen um die Verschränkung von europäischer mit nationaler Politik und deren Bedeutung ist bei vielen Menschen eher nur abstrakt vorhanden; nicht zuletzt sinkt die Wahlbeteiligung bei Europawahlen immer weiter ab. Was kann die LINKE dafür tun, Europapolitik interessanter zu machen?

Möglicherweise ist das Wissen um die Verschränkung von europäischer und nationaler Politik bisweilen ganz konkret. Bei der Arbeitsförderung, bei der Weiterbildung sind oft Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds geflossen, kommunale Infrastrukturen wurden mit Hilfe von EU-Fonds ausgebaut. Zum anderen wollte die EU die Ausschreibungen bis zum städtischen Nahverkehr regeln und damit den Wettbewerbsvorstellungen der herrschenden Politiker möglichst nahe kommen, egal ob dies einer Region nützt, ob die Menschen damit eine bessere Grundversorgung im öffentlichen Service bekommen. Es gibt auch viele andere Beispiele, wie konkret oft der Einfluss aus Brüssel ist. Was tatsächlich abstrakt blieb und auch das Vertrauen in die europäische Politik beschädigt hat, war eine gescheiterte Verfassung und die Neuauflage wesentlicher Schwachstellen im Vertrag von Lissabon. Eine Festlegung der wirtschaftsweise gehört nicht in einen Vertrag. Marktradikaler Wettbewerb wird von dünnen Leisten für ein soziales Europa nicht aufgehalten. Lohn- und Steuerdumping zerstören die Substanz für eine demokratische soziale EU. Es wächst eine 600 Euro-Generation heran, die das Gefühl hat, dass es ihr schlechter gehen wird als ihren Eltern, dass das reiche Europa

ein Europa der Konzerne und Banken geworden ist, in dem Bildung, kultureller Austausch, sichere Arbeitsplätze, Umweltschutz und friedliche Konfliktlösungen auf der Strecke bleiben. Es kann also nicht nur darum gehen, Europapolitik ein wenig interessanter zu machen. Es muss darum gehen, die Krise der Demokratie in Europa und in Deutschland zu überwinden, einen politischen Richtungswechsel in Europa vorstellbar zu machen. Dies kann eine LINKE hier und eine Europäische Linke nicht allein. Dafür ist ein breiter Druck von Gewerkschaften und Sozialaktivisten, von Kulturleuten und Friedensinitiativen notwendig. Zugleich ist eine starke linke Fraktion im Europäischen Parlament, in der sich unterschiedliche linke Kräfte zu einer gemeinsamen Politik verabreden, eine Adresse für eine andere, eine bessere Politik in der EU.

Lothar, Du bist auch Vorsitzender der Europäischen Linkspartei (EL), dem Zusammenschluss von 30 Parteien aus 23 europäischen Ländern. Welchen Einfluss hat die Zusammenarbeit der EL auf den aktuellen Wahlkampf?

Es gibt erstmalig eine gemeinsame Wahlplattform. Das ist ein Novum, dass Linke aus der Mittelmeerregion, aus Ost und West, mit Parteigeschichte, die 90 Jahre zurückreicht, wie bspw. die KP Österreichs, und mit neueren Entwicklungen, die nach 1989/90 entstanden, wie Synaspismos in Griechenland, sich geeinigt haben, gemeinsam Wahlkampf zu machen und mit guten Vorschlägen auf 9 Seiten – besser wären sicherlich 3 – Antworten auf die Wirtschaftskrise und auf die Krise der Demokratie zu geben. Die Wahlplattform ist unser gemeinsames Versprechen, dass ein soziales, ein demokratisches, ein friedliches Europa, ein Europa der ökologischen Vernunft lohnt, um dafür Politik zu machen, in unseren Städten, in der Hochschule, in den Betrieben, in ländlichen Regionen. Da gibt es viele konkrete Sorgen, regionale Besonderheiten, die ihren Platz in den na-

tionalen Wahlprogrammen haben. Entscheidend ist aber, dass wir als Partei der Europäischen Linken im Wahlkampf sichtbar sind, dass die Gemeinsamkeit für ein Wechsel in Europa anderen Mut macht, links zu wählen. Wenn Qimonda mit Arbeitsplatzabbau droht, dann trifft es Menschen in Dresden und Porto. Wenn wir uns dagegen wehren, dann gemeinsam für Sozialstandards, gesetzliche Mindestlöhne, betriebliche Mitbestimmung – in europäischen Betriebsräten. Dann liegt der Sinn von einer Europapolitik, die über Grenzen hinweg denkt, auf der Hand.

Der Lissabon-Vertrag liegt seit dem Scheitern des irischen Referendums auf Eis. Im Herbst sind die Iren erneut zur Abstimmung aufgerufen. Was sind Möglich- und Notwendigkeiten für linke Parlamentarier, eine Demokratisierung der EU voranzutreiben, sollte der Vertrag von Lissabon doch durchgesetzt werden?

Nun, zuerst ist es immer wieder entscheidend, darauf aufmerksam zu machen, dass ich in Deutschland gegenüber den Iren nicht als Europäer zweiter Klasse behandelt werden will. Grundlagenverträge über die Perspektiven der EU müssen auch grundlegend von den Bürgerinnen und Bürgern entschieden werden. Deshalb haben wir vorgeschlagen, den gesamten Verfassungsprozess erneut in Angriff zu nehmen. Das würde dem Europa der Regierungskonferenzen gut zu Gesicht stehen, denn einige Verbesserungen für das Europäische Parlament, wie sie im Lissabonner Vertrag ja enthalten sind, sind kein ausreichender Schritt hin zu einer breiten demokratischen Mitentscheidung der Bürgerinnen und Bürger über die Richtung der europäischen Politik. Wir werden uns als LINKE für eine neue Verfassung einsetzen. Das stärkt zuerst die demokratische Debatte, aber zugleich auch den Druck, mit klaren politischen Alternativen gegen Aufrüstung, Wettbewerbslogik und Sozialabbau aufzutreten. Es wäre unglaublich, wenn in der Krisenbewältigung dringende sozial-ökologische Strukturentscheidungen erneut auf der Strecke blieben. Es wäre fatal, wenn die Chancen der Migration mit der Krise weiter mit repressiver Politik beantwortet würden und Menschen die Hoffnung auf eine europäischen Idee des Friedens und der kulturellen Vielfalt, die so viele Traditionen hat, verlieren. Damit würden Kräfte erstarken, die schon einmal diesen Kontinent in eine Katastrophe geführt haben. Die entsetzlichen Ereignisse nach

der Demonstration gegen den Naziaufmarsch in Dresden am 14. Februar sprechen eine deutliche Sprache. Dagegen haben alle demokratischen Kräfte eine menschenwürdige Entwicklung zu verteidigen – und dazu gehört auch, dass die Grundlagen europäischer Politik demokratisch erarbeitet und entschieden werden.

Die Haltung zur Europäischen Union ist durchaus umstritten zwischen und innerhalb der europäischen linken Parteien. Die „Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken“ (GUE/NGL) ist zurzeit die sechststärkste Fraktion im Europaparlament. Was hat diese Fraktion trotz der inneren Differenzierung erreicht? Was ist wichtig für die Zusammenarbeit im künftigen Parlament?

Die Konföderale Fraktion ist breiter noch als die Parlamentarier, die aus Mitgliedsparteien der EL kommen. Diese Entwicklung wollen wir nicht aufgeben. Ihr Wirken hat gezeigt, dass menschenunwürdige Bedingungen in den Aufnahmelagern und an den Grenzen der EU nicht im Dunkeln bleiben. Sie kämpften gemeinsam für ihre Beseitigung. Die ursprünglichen Vorschläge der Kommission zur Liberalisierung der Hafendienstleistungen oder zur Privatisierung des öffentlichen Personennahverkehrs konnten zu Fall gebracht werden. Dies gelang, weil hier linke Parlamentarier konsequent mit den Hafenarbeitern, Gewerkschaften zusammengearbeitet haben. Und ich denke, dass im Bewusstsein vieler Menschen in Polen und Tschechien auch die Unterstützung im Kampf gegen die Raketenabwehrschilde der US-Regierung geblieben sind. Wer eine solidarische Perspektive

für Europa will, kann dies nicht aus dem Parlament heraus schaffen. Deshalb nehmen wir diese Erfahrungen mit in den Wahlkampf. Wir wissen längst, dass eine starke linke Fraktion in Europa viel erreichen kann. Deshalb wollen wir mit viel Kompetenz nach Brüssel gehen und mit der guten Erfahrungen, dass Linke aus unterschiedlichen Kulturen in der Lage sind, gemeinsam erfolgreich Politik zu machen.

Eine proeuropäische Haltung ist für die deutsche Linke in doppelter Hinsicht historisch begründbar – sowohl aus der Tradition der Arbeiterbewegung als auch aus der jüngeren deutschen Geschichte. Welche Rolle spielt unsere politische Haltung zu Europa im Gedenk- und Superwahljahr 2009?

Nicht zum ersten Mal habe ich auf die geschichtliche Lehre verwiesen, dass Wirtschaftskrisen keine Sternstunden für linke Politik sind. Wir müssen unseren Druck verstärken, damit in der Krisenbewältigung die eigentlichen globalen Herausforderungen – Friedenssicherung, Armutsbekämpfung, gerechtes Wirtschaften, keine politische Ausrichtung am marktradikalen Wettbewerb, sondern an den sozialen und Freiheitsrechten der Menschen – nicht erneut auf der Strecke bleiben. Die wichtigste politische Lehre für die LINKE in Deutschland und für die Partei der Europäischen Linken ist dabei, dass sie nur als plurale Linke wächst, dass sie konsequent europäisch handelt.

Lieber Lothar Bisky, wir danken Dir für das Gespräch und wünschen Kraft und Erfolg für die anstehenden Aufgaben.

Das Interview führte Anke Lohmann.



Debatte um Europa

In Reaktion auf die Kolumne „Europa? Europa!“ in der vorherigen Ausgabe des KLARTEXT ist ein Briefwechsel entstanden, den wir hier dokumentieren. Die Replik kommt von Sascha Wagener, Thomas Falkner antwortet auf die Kritik an seinen Positionen.

Sascha Wagener

Der gebürtige Luxemburger promoviert an der Uni Potsdam zur politischen Theorie der europäischen Linksparteien und gehört dem Parteivorstand der LINKEN an.



”

Thomas Falkner (klartext 4.2008, S. 11) hat recht: Die Europäische Union ist ein wichtiges Instrument, und es gibt keinen Fortschritt im Inneren, wenn wir die äußeren Umstände nicht in den Griff bekommen. Die notwendige Einigung Europas kann den Rahmen für eine Entwicklung von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Erneuerung und Technologietransfer in den globalen Süden bieten. Dafür aber darf unsere Kritik an der derzeitigen Verfasstheit der Europäischen Union sich nicht auf eine Kritik an bestimmten Erscheinungsformen von Politik beschränken, sondern muss in den Kern des Systems vorstoßen. Indem Thomas die „Schattenseiten“ der EU als „zunächst aus Vorurteilen“ bestehend bezeichnet und sich darauf beschränkt, die „falschen Standards“ der Dienstleistungsrichtlinie mit der zu geringen demokratischen Legitimation von durch die Regierungen eingesetzten Menschen zu erklären, stellt er nicht den Charakter, sondern nur einzelne Politiken der EU in Frage.

Demgegenüber glaube ich, dass die europäische Integration in ihrem bisherigen Verlauf und in ihren Absichten eben nicht auf die von Thomas Falkner aufgeführten positiven Dinge ausgerichtet ist. Diese fallen als Frieden zwischen den europäischen Ländern oder in Form von Strukturhilfe für schwache Gebiete als Bedingung und Konsequenz gemeinsamer Märkte an. Aber sie sind nicht das Ziel, sondern die glückliche Nebenerscheinung des

Binnenmarktes. Entsprechend wächst mit zunehmender Integration der Abstand zwischen den Vorstellungen der europäischen Eliten und den Erwartungen der Mehrheit der Menschen, wie er in der Legitimitätskrise der EU äußerlich sichtbar geworden ist. Ein Beispiel: Im Lissabon-Vertrag wurden im Gegensatz zum vorherigen Verfassungsvertrag alle Ambitionen einer Verfassungsbegründung aufgegeben. Obwohl in Frankreich und den Niederlanden in Referenden eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung zwar gegen den vorgelegten Verfassungsvertrag gestimmt, sich in Umfragen aber für eine Europäische Verfassung ausgesprochen hat. Der Verzicht auf die Verfassungsambition fällt den europäischen Eliten leicht, entfällt doch somit ihre Befürchtung, dass aus dem Anschein einer Verfassung tatsächlich ein Bewusstsein des Anspruchs auf eine Verfassung mit niedergeschriebenen Rechten entstehen könnte.

An anderer Stelle seines Textes spricht Thomas Falkner vom „Feindbild der ‚Eurokraten‘“, das linke Kritiker der EU wohl leiten würde. Eine solche Personifizierung würde ich nie vornehmen. Sehr wohl aber erleben die Menschen die europäische Integration in Form einer Eurokratie, als einer neuen Form von Herrschaft. Der europäische Kontext wird immer wichtiger, ohne auf der politischen Ebene in wirklich demokratische Institutionen eingebettet zu sein. Die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen von den nationalen

auf die europäische Ebene findet ohne gleichbleibende demokratische Kontrolle statt. Bürgerlich-parlamentarische Institutionen, wie sie der Nationalstaat kennt, gibt es im Rahmen der Europäischen Union nur begrenzt, niemals mit der gleichen Machtbasis oder der gleichen demokratischen Legitimation. Dies führt zu einer gegen die Menschen gerichteten Politik, z.B. in Form der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und einer falschen Geldpolitik. Gleichwohl wird erst die Einheit Europas durch die Wiederherstellung einer staatlichen Dimension eine Basis für sozialistische Reformen zum gegenwärtigen Modell des Kapitalismus schaffen. Die Linke muss sich zum Ziel setzen, sowohl politische Konflikte im engeren Sinn als auch Auseinandersetzungen um Löhne und Arbeitszeiten auf europäischer Ebene führen zu können. Ihre Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen müssen bereit sind, im Kampf um das politische und wirtschaftliche Modell in die Offensive überzugehen. Um eine andere Idee und Perspektive von europäischer Einigung wahr zu machen.

“

Dr. Thomas Falkner

Der Journalist ist langjähriger politischer Berater der LINKEN und Referent für Grundsatzfragen der Landtagsfraktion DIE LINKE in Brandenburg.



Lieber Sascha Wagener, es stimmt: Für mich steht nicht die EU an sich in Frage. Und zum „Kern des Systems“ in Sachen EU haben wir wohl – nicht aus jeder Perspektive, aber wohl doch unter der hier diskutierten – recht verschiedene Vorstellungen. Mein Eindruck ist, dass die Verkürzung der europäischen Realitäten und Perspektiven auf das, was wir für den Kern des Systems halten, uns letzten Endes daran hindert, von den Realitäten ausgehend Perspektiven zu erschließen und zu beeinflussen.

Es ist also wohl die Art des Herangehens, die uns unterscheidet. Meine Erfahrung ist: Kritik – gerade die grundsätzliche – muss immer konkret und komplex zugleich sein. Sie muss das Faktische vom Wahrgenommenen (vor allem von Vorurteilen und Ängsten) unterscheiden, das Erreichte mit dem Notwendigen konfrontieren und dabei das Mögliche einbeziehen. Sie muss das, was ist, als Gewordenes und zugleich als Werdendes, sich Wandelndes erfassen und begreifen können. Nur so wird Politik daraus – aufklärerische linke Politik, die den nächstliegenden notwendigen Schritt zu erkennen, den richtigen Zeitpunkt dafür zu bestimmen, Menschen dafür zu versammeln (auch politische Partner zu gewinnen) und auf diesem Wege Fortschritte in der Sache durchzusetzen vermag. Immer wieder, immer aufs Neue. Erfolgreiche Politik ist nur selten der große Schlag – und ihre Voraussetzung besteht schon gar nicht

darin, dass erst einmal die Welt eine andere sein muss. Selbst die großen Umbrüche der Geschichte haben dort begonnen, wo es im Alltag, im alten System, plötzlich klemmte und Veränderung nicht mehr hinaus geschoben werden konnte. Auch Europa werden wir nicht verändern können, indem wir den Weg zu Europa erst einmal ablehnen. Auf den Verfassungsvertrag hatten wir noch Einfluss, weil wir im Verfassungskonvent vertreten waren – nach dem Scheitern des Vertrages, nach unserem Erfolg, hatten wir weniger Einfluss, kam der nächste Schritt weniger demokratisch zustande. Was interessanter Weise ja nicht bedeutete, dass das Ergebnis in jeder Hinsicht weniger demokratisch ist – auch wenn das immer wieder betont wird. Dass es immer noch nicht demokratisch genug ist – darin sind wir uns wieder einig.

Ein letztes Wort zu deinem Satz, „(ich) glaube ..., dass die europäische Integration in ihrem bisherigen Verlauf und in ihren Absichten eben nicht auf die von Thomas Falkner aufgeführten positiven Dinge ausgerichtet ist. ... Frieden zwischen den europäischen Ländern oder ... Strukturhilfe für schwache Gebiete ... sind nicht das Ziel, sondern die glückliche Nebenerscheinung des Binnenmarktes.“ Es ist schon eine kühne Feststellung, Frieden und Strukturhilfen für die Schwachen als „Nebenerscheinungen“ eines „Kerns des Systems“ abzutun. Ich gebe zu: Das ärgert mich nun wirklich. Mich verbindet in

vielen wesentlichen Dingen mit den Gründervätern der EG wenig – auch mit deren Nachfolgern wie Kohl oder Mitterrand. Aber ich werde immer deren Absicht anerkennen, Lehren aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts zu ziehen – und mit ihrer Politik Frieden in Europa zu gewährleisten, Ausgleich (vielleicht sogar wirklich Freundschaft) zwischen den Völkern zu schaffen und dafür zu sorgen, dass wir 2009 nicht eine Richtung einschlagen, wie sie 1929 begonnen hat. Und selbst, wenn ich mich irren sollte: Eine Struktur, die Frieden und Ausgleich als „Nebenprodukt“ hervorbringt, sollte man gestalten wollen – nicht ablehnen. Ich habe in meinem politischen Leben zu viele Strukturen erlebt, die Frieden und Ausgleich als ihr „Hauptprodukt“ verkündet haben und im entscheidenden Moment hilflos waren oder zusammen brachen oder das Gegenteil taten, um die EU mit ihren „Nebenprodukten“ gering schätzen zu können.

So weit zu deiner Replik, für die ich dir durchaus danke, weil sie einiges deutlich zu machen hilft. Unserer Partei, in deren Interesse jeder von uns aus seiner Sicht argumentiert und agiert, könnte das durchaus nutzen.

Mit solidarischen Grüßen – Thomas Falkner



Von der Tongrube zum Müllskandal

■ Anwohner, Bürgerinitiativen und ZDF-Frontal brachten an den Tag, was in manchen Amtsstuben weder für Aufregung noch für verantwortungsvolles Handeln sorgte: In Vehlitz stank es zum Himmel. Anwohner waren nicht mehr bereit, Belästigungen oder gar Gefährdungen hinzunehmen. Als alle Proteste nichts halfen, wurde das Fernsehen eingeschaltet. Nun war zu erwarten, dass sich die zuständigen Landesminister an die Spitze der Aufklärung setzten. Doch eingeeübte Reflexe der Regierenden gewannen die Oberhand: Alles nicht so schlimm, Sachsen-Anhalt solle schlecht gemacht werden, man habe alles im Griff.

Erste genauere Nachforschungen und Nachfragen im Umweltausschuss am 19. März 2008 zeigten, dass hier ein nicht zu unterschätzendes Problem vorliegt. Die Aussagefähigkeit der verantwortlichen Minister Wernicke und Haseloff sowie der zuständigen Behörden war teilweise erschreckend. Umso unbegreiflicher war es, dass aus dieser völlig unzureichenden Information von einzelnen Ausschussmitgliedern der CDU bereits die Feststellung abgeleitet wurde, es gäbe weder eine akute noch eine latente Gefahr für Mensch und Umwelt, es handle sich lediglich um ein rechtliches Problem.

Der Frage nach den Lieferanten wurde mit der lapidaren Antwort begegnet, es gebe einen bunten Strauß von Zulieferern, dazu lägen keine konkreten Angaben vor.

Der größte Skandal aber besteht darin, dass es von Oktober 2007 – als konkrete Untersuchungsergebnisse Verstöße gegen die Betriebsgenehmigung belegten – bis März 2008 keine weiteren Kontrollen seitens der verantwortlichen Behörden gab. Der sich andeutende Umfang des Problems bei gleichzeitiger Ignoranz von Regierung und Behörden führte uns dazu, unter Nutzung des Minderheitenrechtes gemeinsam mit der FDP Konsequenzen zu ziehen: Seit Juni 2008 arbeitet der 11. Parlamentarische Untersuchungsausschuss. Gesetzliche Regelungen erfordern, einen zeitlichen und inhaltlichen Rahmen abzustecken. So beinhaltet der Untersuchungsauftrag nur die Tongruben in Vehlitz/Möckern und die Deponie Freyburg-Zeuchfeld im Zeitraum bis 31.05.2008. Neue „Brandherde“ wie der Ende 2008 in Sachsen-Anhalt aufgetauchte „Italienmüll“ können nicht Gegenstand der Untersuchungen sein.

Als Hauptursache der illegalen und rechtswidrigen Müllverkipfung konnte schnell die exorbitante Profitrate von bis zu 120 Euro je Tonne Müll festgestellt werden. Zudem war die Kreisverwaltung Jerichower Land hinsichtlich der eigenen Kontrollpflichten fachlich überfordert. Der Landkreis hatte die Sicherung der Arbeitsplätze im Fokus, Umweltverstöße wurden dem untergeordnet. Mit einer Zeugenvernehmung des Landrats wird im März 2009 die Untersuchung auf Kreisebene voraussichtlich abgeschlossen.

Das zuständige Landesamt für Geologie und Bergwesen war nur sehr „begrenzt aussagebereit“. Nach Aktenlage hat man sich auf eine „unternehmerfreundliche“ Kontrollpraxis zurückgezogen. Umweltrechtliche Empfehlungen wurden nur halbherzig und mit Verzögerung umgesetzt.

Wie stellt sich die Lage in Zeuchfeld dar? Zeuchfeld war zuerst als Zweckverband und dann als Anstalt öffentlichen Rechts immer unter kreislicher Kontrolle. In dieser Zeit versuchte man, alles an Müll zu bekommen, was für die Verfüllung nutzbar war. Eine fachliche Kontrolle der öffentlichen Einrichtung durch den Verwaltungsrat fehlte völlig. Die durchaus kritischen Kontrollen durch das Landesverwaltungsamt blieben im Behörden-dschungel stecken. Die Maxime, eine öffentliche Einrichtung besitze per se einen Vertrauensvorschuss, kam erst nach dem ZDF-Bericht ins Wanken. Mit einer Tiefenprüfung, die als Ergebnis den sofortigen Annahmestopp ab Mai 2008 brachte, versuchte man, scheinbar Konsequenz an den Tag zu legen. Eine Aufhebung wird jedoch nicht mehr erfolgen, da ab 15.07.2009 ohnehin die lange geplante Stilllegungsphase beginnt.

Die Gesamtsituation im Burgenlandkreis hat sich nicht wesentlich verbessert. Durch mangelhafte Kontrolltätigkeit in der Sortieranlage, wie z.B. in Deuben, wurde es möglich, dass unter „Aufsicht“ des Landkreises wie durch ein neapolitanisches Wunder aus italienischem Siedlungsabfall kompostierbare Erde wurde. Die wurde in Deuben abgesiebt. Und das Wunder ging weiter: Mehr als 70 Prozent waren auf einmal Mineralgemisch mit weniger als 1 Prozent organischen Bestandteilen und wurden nach Zeuchfeld gebracht. 30 Prozent Mineralgemisch mit bis zu 5 Prozent organischen Bestandteilen verschwanden in der Müllverbrennungsanlage Magdeburg-Rothensee. Damit schließt sich der Bogen: So war das bereits gängige Praxis auch im Jerichower Land. Auch, wenn es weiterhin mühselig sein wird, werden wir uns energisch bemühen, Licht in das Dunkel zu bringen.



André Lüderitz ist Obmann der Fraktion der LINKEN im 11. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

Streiflichter der Finanzpolitik

Trotz Wirtschaftskrise möchte die Landesregierung nicht vom Haushaltskonsolidierungskurs lassen. Bisher vor allem auf Kosten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der kommunalen Haushalte betrieben, ist nun das Landeseigentum für den Schuldenabbau an der Reihe. Einen Einblick in die kurzsichtige Logik vermeintlicher Erfolgsmeldungen bot der letzte Finanzausschuss.

Das Trauerspiel um den landeseigenen **Flughafen Cochstedt** sollte ein Ende finden. Nach Investitionen von 60 Millionen Euro in einen Flughafen, den niemand wirklich brauchte und der immer im Wettbewerb mit den ebenfalls öffentlich finanzierten Flugangeboten von Leipzig/Halle oder Magdeburg stand, fand sich nun ein geheimnisvoller Investor aus Abu Dhabi. Er erwirbt für nur neun Millionen Euro die gesamte Anlage, will ein Luftfrachtkreuz betreiben, erhält eine 24-Stunden-Fluggenehmigung, erwartet weder Fördermittel noch Infrastrukturinvestitionen und stellt dazu noch 200 Arbeitsplätze in Aussicht. Alle waren begeistert, nur die linke Opposition hatte Fragen: Kommen auf das Land Pflichten zu? Mit wem genau wird der Vertrag geschlossen? Welche Auswirkungen hat ein weiteres Luftfrachtzentrum auf die Auslastung von Leipzig/Halle? Ergeben sich von dort wieder Zuschussforderungen? Warum kann der Verteidigungsminister schon im Januar die Genehmigung für den uneingeschränkten Flugbetrieb eines Privatinvestors mündlich zusagen, bevor das Genehmigungsverfahren den Verwaltungsweg erst im Sommer passiert haben wird? Wann ist mit den neuen Arbeitsplätzen zu rechnen? Wird es sich wie bei DHL um Teilzeitarbeit handeln, für die Aufstockerbezüge erforderlich sind? Es gab wortreiche Antworten mit wenig Aussagegehalt, wir konnten dem Verkauf nicht zustimmen.

Die landeseigene **Spielbankgesellschaft** brauchte wieder einmal ganz schnell Geld. Welch schöne zeitgemäße Assozia-

tion: Denk' ich an Casinos, denk' ich an öffentliche Zuschüsse. Nach einem von unserer Fraktion bereits im Mai 2008 abgelehnten Zuschuss von einer Million Euro sollten nun binnen weniger Tage (!) derer zwei folgen. Sonst müsse die Spielbank schließen, was für das Ansehen Sachsen-Anhalts, genauer für dessen Kreditwürdigkeit, verheerend sei. Neben einer aus unserer Sicht dürftigen insolvenzrechtlichen Wertung sollten mangels Alternative doch bitte alle zustimmen, um mit dem schnellen Verkauf beginnen zu können. Erwartet wird ein „akzeptabler negativer Verkaufserlös“, konkret also: erst die Millionen 'rein und danach die Spielbank 'raus. Wie viele Millionennachschüsse das dann nochmals sein werden, damit sich ein wohlmeinender Privatinvestor erweichen lässt, wurde trotz Nachfragen der LINKEN nicht beantwortet. Ebenso wenig Fragen zu den aktuellen Unternehmenszahlen, denn daraus ergab sich ein kurzfristiger Finanzbedarf von mindestens drei Millionen Euro – immerhin kann die linke Opposition auch rechnen. Der Finanzminister meinte berufsoptimistisch, alles werde nicht so schlimm und notfalls könne er eine überplanmäßige Ausgabe (Anm.: um die es sich hier gem. Landeshaushaltsordnung aber nicht handelt) auch allein genehmigen. Alles zum Wohle des Landes und seiner Investoren!? Wir sahen es nicht so und lehnten ab.

Existenziell wurde es für hunderte Mieter bei der Vorlage des Finanzministers zum Verkauf **landeseigener Wohnungen** in Bernburg und Gatersleben. Unsere Frak-

tion hatte seit eineinhalb Jahren für die Veräußerung an einen öffentlichen Vermieter geworben. Diesem gelang es aber nicht, einen für den Finanzminister attraktiven Kaufpreis anzubieten. Im Angebot der langfristig planenden und ortsansässigen Wohnungsgesellschaft wurde der Sanierungs- und Instandhaltungsbedarf kalkulatorisch und betriebswirtschaftlich korrekt berücksichtigt. Außer den LINKEN stimmten jedoch alle Abgeordneten geschlossen für den Verkauf an einen Privatinvestor, dessen Angebotspreis um 20 Prozent höher lag. Aus linker Sach- und Ortskenntnis betrachtet, enthielt das private Investorenangebot eine schlüssige Geschäftsidee: Die Wohnungen werden kurzfristig auf Verschleiß bewirtschaftet. Geplante Sanierungen werden verschoben, um den hohen Kaufpreis in wenigen Jahren zu refinanzieren. Wird dann die Einhaltung der Vermieterpflichten aus der Sozialcharta einklagt, werden die Wohnungen zum Restwert verkauft und die Rendite ist gesichert.

Unsere Einwände vermochten die Mehrheit nicht zu überzeugen. Mit den von uns in einigen Jahren befürchteten Auswirkungen für die Mieter und deren Wohnumfeld hat sich dann das Land zu befassen. Vielleicht überreicht dann irgendein Minister gönnerhaft vor der Lokalpresse einen Fördermittelbescheid: *Zur Verbesserung des Wohnens in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt*. Dieses Programm existiert tatsächlich, und, wie man sieht, kann mit finanzpolitischen Entscheidungen die Wirklichkeit zur Abwechslung auch mal langfristig an Förderprogramme angepasst werden, statt umgekehrt... Der Gedanke daran schmerzt.



Guido Henke ist stadtbau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Finanzausschuss des Landtages von Sachsen-Anhalt.

Eine Welt ohne NATO

Protestaktionen von Strasbourg bis Stendal

■ Eine Woche vor Ostern will die NATO ihr 60-jähriges Bestehen feierlich mit großen Festakten und einem Gipfeltreffen in Strasbourg, Kehl und Baden-Baden begehen, die Staatschefs aller 26 Mitgliedsstaaten werden erwartet. Es wird beabsichtigt, ein neues strategisches Konzept zu verabschieden, das der Aufrechterhaltung einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung und dem ungehinderten Zugang zu den Rohstoff- und Energievorräten mit militärischen Mitteln dienen soll. Weder die Führung von Präventivkriegen noch der Ersteinsatz von Atomwaffen werden ausgeschlossen. 75 Prozent der weltweiten Rüstungsexporte sind durch die NATO-Staaten zu verantworten, 900 Milliarden Euro pro Jahr geben sie für die Rüstung aus.

Zum ersten und einzigen Mal in ihrer Geschichte erklärten die NATO-Mitgliedsländer einen Tag nach den Anschlägen vom 11. September 2001 den Verteidigungsfall nach §5 des Nordatlantikvertrages. Mit dem „Krieg gegen den Terror“ wurde der

Kriegsfall zum Normalfall. Krieg als Mittel der Politik hat eine Renaissance erfahren, die NATO ist selbst eine Bedrohung internationaler Stabilität und Sicherheit, ein Militärbündnis mit „neuen Risiken“. Spätestens mit der Auflösung des Warschauer Vertrages 1991 wäre auch eine Selbstauflösung der NATO notwendig und möglich gewesen.

Peter Strutynski vom Bundesausschuss Friedensratschlag informierte vor kurzem über die geplanten Proteste gegen den NATO-Gipfel, fast 500 Organisationen rufen zu Demonstrationen und Protestcamps in Baden-Baden, Kehl und Strasbourg auf. Mit den Demonstrationen soll an den Widerstand gegen den G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm angeknüpft werden. Im Aufruf heißt es „Weltweit lehnt die Mehrheit der Menschen Kriege ab. Das Ende der NATO, ein Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan und anderen Regionen und eine Abkehr von der Militarisierung Europas wären Schritte zu einer friedlichen Welt!“

Der Parteivorstand der LINKEN ruft seine Mitglieder, Freundinnen und Freunde auf, sich an den Protestaktionen zum NATO-Gipfel zu beteiligen und unterstützt den internationalen Aufruf **„Nein zur NATO – Nein zum Krieg“**.

Ostermarsch 2009 in Stendal

Der Ostermarsch 2009 führt in den Norden Sachsen-Anhalts nach Stendal. Mit einer Friedens-Radtour und einem Auto-korso, beide starten in Magdeburg, machen sich Friedensbewegte am 13. April 2009 auf den Weg nach Stendal. Die Ostermarschdemonstration führt durch die alte Hansestadt und ehemalige Garnisonsstadt Stendal, startet am Bahnhof und wird am Campus der Hochschule Magdeburg-Stendal mit einer Kundgebung und einem Ostermarkt ihren Abschluss finden. Eugen Drewermann, bekannter

Theologe, Psychoanalytiker, Schriftsteller und Kirchenkritiker hat seine Teilnahme zugesagt.

Stendal ist über die Grenzen Sachsen-Anhalts hinaus ein anerkannter Studienort mit über 1.400 Studierenden. Der ausgebaute neue Campus in Stendal lässt sich ohne Zweifel als Konversionsobjekt bezeichnen. Über viele Jahrzehnte war hier das Militär zu Hause, bis 1994 die Rote Armee als letzter bewaffneter Mieter das Areal verließ. Der Wechsel von der militärischen Nutzung zum Bildungsstandort kann als gelungene und beispielgebende Konversion angesehen werden. Mit der Hochschule Magdeburg-Stendal bewirbt sich zum ersten Mal eine Hochschule um den Titel „Hochschule ohne Rassismus-Hochschule mit Courage“. Diese Projektidee wurde bundesweit bisher an engagierten Schulen umgesetzt.

In der Nähe von Stendal befinden sich die Truppenübungsplätze Altengrabow, Klietz und Altmark. Insbesondere der letztgenannte erfährt seit längerem einen flächenmäßigen Ausbau. Es zeigt, dass auf diesem zentralen und modernsten Übungsplatz mit seinem Gefechtsübungszentrum HEER neben der Bundeswehr auch französische und niederländische Soldaten auf Auslandseinsätze vorbereitet werden. Die Errichtung einer „Übungsstadt“, in der der Häuserkampf trainiert wird, erweitert das bisherige Kriegsübungsszenario.

Dieser Ostermarsch ist auch eng mit dem Wirken von Dr. Erika Drees verbunden. Vor wenigen Wochen wurde sie in Stendal unter großer Anteilnahme beige-setzt. Als Mitbegründerin des Neuen Forums, der Energiewende Stendal und der Bürgerinitiative OFFENE HEIDE gehörte sie zu jenen, die 1990 am Ostermarsch zum Petersberg/Halle teilnahmen, sich 1994 der in die Colbitz-Letzlinger Heide einrückenden Bundeswehr entgegenstellten und 2002 mit ihrem Eindringen in das Atomwaffenlager Büchel konsequent und gewaltfrei für die Abschaffung der Atomwaffen demonstrierten. Insofern kann der Ostermarsch 2009 auch als Reminiszenz an diese couragierte und rastlose Streiterin verstanden werden.

Mehr Aktionen in Sachsen-Anhalt unter: www.ostermarsch-sachsen-anhalt.de



Endlich Linke an der Uni

Hochschulgruppe des SDS in Magdeburg gegründet

Die Universität der Landeshauptstadt war bisher nicht als Hort linker studentischer Aktivitäten bekannt. Zwar gab es von Zeit zu Zeit immer wieder Versuche, sei es durch eine offene linke Hochschulgruppe oder durch mehr oder weniger im halbprivaten Raum stattfindende Diskussionszirkel, die vorhanden linken Positionen stärker in den Mittelpunkt zu rücken, jedoch scheiterten diese Versuche regelmäßig.

Dieses Scheitern hatte auch zur Folge, über die Gründe eben dieses Scheiterns nachzudenken. Ein Grund kann in den institutionellen Rahmenbedingungen gesehen werden, so waren die bisherigen linken Hochschulgruppen immer auf sich allein gestellt, ohne in ein größeres Netzwerk eingebunden zu sein. Hierin unterschieden sich diese Hochschulgruppen von denen aus anderen politischen Lagern; hatten doch Grüne, Christ-, Sozial- und Freidemokraten an der Otto-von-Guericke-Universität schon seit Jahren erfolgreich ihre Hochschulgruppen etabliert und so ihren Einfluss innerhalb der Studierendenschaft gesichert und ausgebaut, das auch mit Auswirkungen auf ihren gesamtgesellschaftlichen Einfluss, schließlich ist die Multiplikatorenfunktion der in den Arbeitsprozess eintretenden ehemaligen Studierenden nicht zu unterschätzen.

Durch die Gründung des bundesweiten Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS bot sich nun ein institutioneller Rahmen, in dem auch an der hiesigen Universität das linke Potential gebündelt und im Sinne einer linken, emanzipatorischen Politik nutzbar gemacht werden kann. Diese Chance ergriffen einige Studierende verschiedener Fachrichtungen und gründeten am 20. November 2008 die Hochschulgruppe SDS, die linke Universität Magdeburg, die erste ihrer Art in Sachsen-Anhalt. Im Mittelpunkt der Arbeit steht das hochschulpolitische Engagement an der Otto-von-Guericke-Universität,

so werden sich Mitglieder der Gruppe an den im Frühjahr stattfindenden Gremienwahlen beteiligen und so versuchen, linke Positionen in den Gremien der Universität zu vertreten. Auch außerhalb der Gremien ist die Gruppe aktiv und wird weiterhin aktiv sein. So soll auf die Situation von sozial schwachen Studierenden und von ausländischen Studierenden aufmerksam gemacht werden. Die an der Otto-von-Guericke-Universität existierenden Probleme, die sich durch die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen ergeben und das humboldtsche Bildungsideal zugunsten einer ökonomischen Verwertungslogik in den Hintergrund drängen, wird die Hochschulgruppe immer wieder thematisieren. Ein Studium, das eine reine Berufsausbildung darstellt und die darüber hinausgehenden Bildungsinteressen der Studierenden unberücksichtigt lässt, kann keine zum kritischen Denken befähigten Akademikerinnen und Akademikern hervorbringen.

Inzwischen wurde durch die Hochschulgruppe ein Kapital-Lektürekreis initiiert, der auf große Resonanz stößt und ein Angebot an die Studierenden der Otto-von-Guericke-Universität darstellt, sich über das Angebot ihrer jeweiligen Fächer hinaus zu bilden. Für die Auftaktveranstaltung dieses Lektürekreises konnte Prof. Dr. Raj Kollmorgen gewonnen werden, der noch einmal auf die Bedeutung des Marxschen Werkes verwies und gleichzeitig deutlich machte, dass solche Lektürekreise einen guten Weg darstellen, sich das Marxsche Denken anzueignen. Für das kommende Semester sind Lesungen und Diskussionsveranstaltungen geplant, die linke Denkanstöße für die Studierenden der Otto-von-Guericke-Universität liefern sollen.

Darüber hinaus ist der SDS-Gruppe aber auch bewusst, dass es notwendig ist, nicht nur an der Universität sondern auch innerhalb der Landeshauptstadt Magde-

burg aktiv zu werden, um so die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in der Stadt zu stärken. Denn eine starke Zivilgesellschaft ist der beste Garant für eine offene, durch Toleranz geprägte Stadt. Das Eintreten für Toleranz und der Kampf gegen Rechts sind für die SDS-Gruppe eine Selbstverständlichkeit. Die Beteiligung an der Meile der Demokratie am 17. Januar war eine gute Möglichkeit, in der Stadt Magdeburg aktiv zu werden und sichtbar zu machen, dass die SDS-Gruppe sich jedem Versuch in den Weg stellen wird, rechtes Gedankengut weiterzutragen.

Einen weiteren Schwerpunkt ihrer Arbeit sieht die Hochschulgruppe im Engagement innerhalb der Partei DIE LINKE. Bei den Kommunalwahlen werden Mitglieder der Hochschulgruppe als Kandidaten antreten. Darüber hinaus wird sich die SDS-Gruppe auch in der zu führenden Programmdebatte zu Wort melden und die Debatte kritisch begleiten. Nicht nur hochschul- und bildungspolitische Themen sondern auch die europapolitische Ausrichtung der Partei wird in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen. Auf die Fragen, was moderne linke Politik ausmacht, wie eine demokratische, emanzipatorische Gesellschaft, die auf friedliche Konfliktlösungen anstatt militärische Gewalt setzt, entstehen kann, wird die SDS-Gruppe versuchen, Antworten zu geben und diese in den innerparteilichen Diskurs einzubringen. Die Partei sollte das hier vorhandene Potential erkennen und die Mitglieder der Hochschulgruppe – genau wie die Mitglieder der neu entstehenden SDS-Gruppen an anderen Hochschulen – als Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner einbeziehen und als Expertinnen und Experten nutzen.

| Torsten Hans ist aktiv in der SDS-Hochschulgruppe Magdeburg.

Geburtsstunde unserer Demokratie

Ein Festakt in Weimar – veranstaltet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und den Fraktionen der LINKEN im Bundestag und im Thüringer Landtag.

■ Wer auch immer die Idee hatte, den 90. Jahrestag der verfassungsgebenden Nationalversammlung am 6. Februar dieses Jahres am authentischen Ort im Weimarer Nationaltheater als szenische Lesung zu begehen, hatte einen genialen Einfall. Politischer, informativer und unterhaltender konnte dieses Jubiläum nicht gewürdigt werden. Kein akademischer Festvortrag, sondern Originaltexte der Abgeordneten und der Zeitungen aus dem Jahr 1919 demonstrierten das Ringen um die Republik und ihre „Weimarer Verfassung“.

Gelesen wurden sie von Politikerinnen und Politikern der LINKEN, von Gysi, Jochimsen, Klaubert, Enkelmann, Rame-low, Kipping, Claus, Sitte, Pau, Vietze und vielen anderen. Mitgewirkt haben auch Peter Sodann, die Erfurter Pröbstin Elfriede Begrich, Michel Friedman (CDU), der Schriftsteller Matthias Biskupek und weitere Künstler, der Oberbürgermeister a.D. von Weimar, Wissenschaftler, Studenten, Schüler. Sebastian Kreuz, Student aus Potsdam, besorgte die wissenschaftliche Recherche des Materials. Luc Jochimsen und Franz Sodann, in dessen Händen auch die Regie lag, zeichnen verantwortlich für die Auswahl und Einrichtung der Texte, wie sie dann vorgelesen wurden. Moderiert wurde das Ganze von Uwe Steimle, Kabarettist und Polizeirufkommissar, der als einziger die ganzen zwei Stunden auf der Bühne war, diese auch ausfüllte, und die Verbindung herstellte zwischen eingespieltem Film- und Bildmaterial und den vorgetragenen Texten.

Es gäbe vieles zu berichten über die Veranstaltung. Zum Beispiel die Vortragskunst der Politiker. Sie machte blitzartig klar, wie nahe Theater und Politik beieinander sind. Nur das überzeugend Vorge-

tragene entfaltet Wirkung. Oder die Publikumsreaktionen, die erstaunten Gesichter und der Beifall über Forderungen, die heute noch aktuell sind und nebenbei bewusst machten, wie langsam politische Visionen in der Gesellschaft zur Realität werden. Das Bildungssystem und die Frauenfrage wären hier nur zwei Belege. Schließlich die Betroffenheit über den Luxemburg-Brief, den die Pröbstin so las, dass es im Saal zu knistern schien, sowie die Gedichtrezitationen von Peter Sodann, die nuanciert den Text ausloteten und einen großen Künstler zeigten.

Mein nachhaltigstes und aufregendstes Erlebnis aus dieser Veranstaltung war etwas ganz anderes. Ich vermute und hoffe, dass es vielen genauso geht, von einigen weiß ich das inzwischen. Bisher meinte ich, keinen schlechten Geschichtsunterricht gehabt zu haben, im Großen und Ganzen ist das auch richtig. Wie erschrocken war ich jedoch in Weimar, als in den authentischen Reden, greift man nur Ebert und Scheidemann heraus, plötzlich neben die Vertreter einer Partei, als die ich sie bislang sah, Menschen, Persönlichkeiten traten, die ihre politischen Forderungen ableiteten aus einem tiefen Humanismus, aus klugen Wertungen geschichtlicher Prozesse und einem Rechtsverständnis, in dem Frauen den Männern politisch gleichgestellt sind. Ihre Denkansätze und Forderungen kann jeder LINKE unterschreiben, sie gehören in die Traditionslinien unserer Partei. Das ging jedoch jahrzehntelang im Parteienkampf unter, und genau das darf nicht passieren. Es führte zur Blockbildung, zum ideologischen Streit, der gemeinsame Ziele hinten herunterfallen ließ und gesellschaftliche Entwicklung lähmte. Eine gerechte Beurteilung historischer Persönlichkeiten verlangt die individuelle Auseinandersetzung mit ih-



ren Ansichten, und zwar am authentischen Text. Alles andere führt in die Irre, verstetigt einmal gefällte Pauschalurteile über Geschehnisse und die beteiligten Personen und macht politisch impotent. Diese Erfahrung machte ich schon einmal, als ich vor über 20 Jahren Alfred Döblins Roman „November 1918“ las. Bis heute hat mich die andere Sicht auf die Novemberrevolution nicht losgelassen. Die Schlussfolgerung jedoch für den Umgang mit historischen Persönlichkeiten, die mir die Weimarer Lesung brachte, erkannte ich damals in ihrer Grundsätzlichkeit nicht.

Und noch etwas war spannend und nachdenklich machend. Von den beiden Rednerpulten auf der Bühne wurden analoge Textstellen aus der Weimarer Verfassung und dem Grundgesetz der Bundesrepublik vorgelesen. Es war eine Auswahl, die zum einen die Zeitlosigkeit und Allgemeingültigkeit der Grundrechteartikel verdeutlichte und zum anderen die Veränderungen im politischen Herangehen an die Schwächsten in der Gesellschaft aufzeigte. In der Weimarer Verfassung hieß es, dass niemand gezwungen werden könne, eine Arbeit anzunehmen. Das Grundgesetz greift das auf und billigt jedem die minimale Absicherung seines Lebens zu. Was empfindet jedoch ein Hartz-IV-Empfänger, dem die Kürzung seiner Bezüge droht, wenn er die Annahme einer ihm angetragenen Arbeit ablehnt und seine Begründungen nicht akzeptiert werden? Der heftige Beifall an dieser Stelle sprach ebenfalls Bände.

■ **Martin Reso** hatte das Glück, im überfüllten Weimarer Nationaltheater beim Festakt dabei zu sein.

Endlich Gerechtigkeit für „Kriegsverräter“?

70 Jahre nachdem Nazi-Deutschland Polen überfallen und den zweiten Weltkrieg entfesselt hat, gibt es endlich Hoffnung für die letzten, noch immer nicht rehabilitierten Opfer der NS-Militärjustiz. Die Große Koalition erwägt offenbar ihren Widerstand gegen die Aufhebung so genannter NS-Kriegsverratsurteile aufzugeben.

■ Als im Jahre 2002 Wehrmachtsde-serteure durch eine rotgrüne Gesetzesinitiative rehabilitiert wurden, ließ man Wehrmachtsangehörige die wegen so genannten Kriegsverrates von NS-Militärgerichten verurteilt wurden, außen vor. Man war damals und ist heute in Teilen immer noch der Auffassung, dass beispielsweise durch den Verrat deutscher Stellungen evtl. doch ein Unrechtsgehalt gegeben sein könnte. Einer pauschalen Rehabilitierung wollte man demzufolge 2002 nicht zustimmen.

Seit 2006 liegt ein von der Linksfraktion im Bundestag eingebrachter Gesetzentwurf vor, der auf eine pauschale Rehabilitierung eben dieser „Kriegsverräter“ drängt. Neuere Forschungen belegen, dass verurteilte Kriegsverräter nicht aus niederen, sondern ethischen, moralischen und politischen Motiven handelten. Zudem hat sich herausgestellt, dass die Begrifflichkeit des „Kriegsverrätters“ irreführend ist. Denn unter Kriegsverrat subsumierte die NS-Justiz u.a. nicht nur das Überlaufen zum Feind, sondern auch den Versuch, Kameraden zur Aufgabe zu überreden, Juden zur Flucht zu verhelfen, sie zu verstecken, Kriegsgefangene menschlich zu behandeln, eine pazifistische Gesinnung oder einfach nur Kritik am Hitler-Regime zu äußern.

Nach der ersten Lesung 2007 im Bundestag und einer Anhörung im zuständigen Rechtsausschuss im Mai 2008 lehnten Union, FDP und SPD anfangs eine pauschale Aufhebung der Urteile noch ab. Doch vor wenigen Wochen änderten sich die politischen Auffassungen zumindest in der Großen Koalition. Nachdem

die Tageszeitungen „Neues Deutschland“ und „junge welt“ das Thema seit Jahren aufmerksam begleiteten, wurde auch DER SPIEGEL auf das Thema aufmerksam. Ein Bericht des Polit-Magazins Ende Januar sorgte schließlich für hektische Betriebsamkeit in den Reihen der Union und der SPD. Die CDU/CSU-Fraktion will nun anscheinend ihre ablehnende Haltung zum Gesetzentwurf der LINKEN nicht mehr aufrechterhalten und signalisierte, in ihren Gremien ihr weiteres Vorgehen zu diskutieren. Auch im SPD-geführten Justizministerium denkt man schon seit einiger Zeit über einen eigenen Weg zur Rehabilitierung nach.

DIE LINKE steht einer Initiative von Seiten der Großen Koalition aufgeschlossen gegenüber, wenn diese die Intentionen unseres Gesetzentwurfes aufgreift. Einem gemeinsamen Gruppenantrag aller Fraktionen stünde dann nichts mehr im Wege. Der LINKEN geht es schließlich um die Sache und nicht um das nun schon seit drei Jahren anhaltende Parteiengezänk. Denn es gilt zu erinnern: Rund 30.000 deutsche Wehrmachtssoldaten wurden wegen Desertion, Kriegsverrat oder Wehrzersetzung verurteilt, 20.000 von ihnen hingerichtet. Kriegsverrats-Urteile, die man mit dem Paragraphen 57 des NS-Militärstrafgesetzbuches begründete, hätten ohne eine Gesetzesänderung nach wie vor Bestand. Dieser Umstand ist eben nicht mehr hinnehmbar.



Jan Korte ist Mitglied der Fraktion DIE LINKE. im 16. Deutschen Bundestag.

Anhörung

Am 6. März 2009 führt die Linksfraktion im Bundestag von 10 bis 14 Uhr mit namhaften Wissenschaftlern und Politikern eine Anhörung zum Thema „Kriegsverrat“ in Berlin durch. Hierfür werden noch Anmeldungen entgegengenommen. Diese sollten unter Angabe des Namens, der Adresse und des Geburtsdatums erfolgen.

Es diskutieren u. a.:

Dr. Gregor Gysi
(Fraktionsvorsitzender DIE LINKE)

Ludwig Baumann
(Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärdiktatur e.V.)

Dr. Wolfram Wette
(Militärhistoriker & Buchautor
„Das letzte Tabu“)

Dr. Helmut Kramer (Richter OLG a.D.)

Wolfgang Wieland (B 90/DIE GRÜNEN)

Vertreter der EKD

Vertreter SPD-Bundestagsfraktion

Jan Korte (MdB)

Mehr **Informationen** unter
www.jankorte.de

Anmeldung an:
katrin.maillfert@linksfraktion.de

Wessen Krise?

Welche Antworten?

■ „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ Unter diesem Motto wird am 28. März 2009 in Berlin, Frankfurt a.M. und anderen europäischen Städten vernehmbar demonstriert. Richtig so! Die Banken und die Banker haben die Weltwirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs manövriert – und nun zahlt der Staat. Also wir. Das gesamte jährliche Steueraufkommen von 50 bis 60 durchschnittlichen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern reicht gerade aus, um das – immerhin reduzierte – Jahresgehalt eines Top-Managers zu bezahlen, der sein Geldhaus so weit herunter gewirtschaftet hat, dass es unter den staatlichen Rettungsschirm fliehen muss. Nein – so kann man mit öffentlichem Geld, mit unserem Geld nicht umgehen. Also: „Wir zahlen nicht für eure Krise!“.



So notwendig der Aufschrei des Protestes ist, so nährt er doch auch Illusionen. Und zwar in zweierlei Hinsicht. Einerseits: Die Krise ist da. Und wir alle zahlen für sie. Wenn es persönlich gut geht, dann nur mit höheren Steuern und Abgaben bis in die nächsten Generationen. Wenn es schlechter geht, dann durch Arbeitsplatzverlust. Wenn es ganz schlecht geht, dann durch verbaute Aufstiegs- und Wiedereinstiegschancen. Durch verfestigte Armut – Geld- wie Bildungsarmut. Nein – einer solchen Krise kann man sich nicht entziehen. Man kann sich nicht einfach aus ihr heraus protestieren. An-

ders herum gesagt: Es ist nie allein damit getan, dass die für eine gesellschaftliche Krise Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden. Der Schaden, den Eliten anrichten, trifft eben nicht nur sie selbst, sondern alle.

Schon deswegen ist diese Krise eben nicht nur die Krise der anderen, der da oben. Die Krise hat auch deswegen mit uns zu tun, weil wir Teil des Systems geworden sind, das sie hervor gebracht hat. Es beginnt mit dem Geld. Der Rendite-Gier der Banken standen die Träume vieler kleiner Sparer und Anleger gegenüber – und sei es der Traum von der Top-Bildung für die Kinder und einem trotzdem auskömmlichen Rest für die Eltern. Es geht weiter mit dem Konsum. Die Lohndrücker sind oft genug wir selber, wenn wir Billigprodukte aus Ost und Fernost kaufen. Und das geschieht – seien wir ehrlich – nicht nur aus Not, sondern auch aus der Freude über das zweite, eigentlich überflüssige Stück. Und es endet beim Auto. Warum denn eigentlich hatte das Drei-Liter-Auto, der VW Lupo, keine Chance – und warum galoppierte die Nachfrage nach dem Porsche Cayenne und allem, was dem – auf den jeweiligen Geldbeuten zugeschnitten – irgendwie nahe kam? Wir alle – nicht nur die Konzerne – haben Geld hecken wollen und zugleich das geheckte Geld unvernünftig investiert.

Und nun? Nun ist die Krise erst mal da – Schuldzuweisungen hin, Schuldzuweisungen her. Jetzt müssen die Ausweitungen und die schlimmsten Folgen bekämpft werden. Der Kollaps der Geldwirtschaft und ihrer Institutionen muss verhindert werden – durch Rettungsschirme und auch durch Verstaatlichung. Die Nachfrage muss angestoßen werden – durch Investitionsprogramme und Ankurbelung der Kaufkraft. Der sozialen Katastrophe ist gegenzusteuern: Wie hält man nicht nur Stammebelegschaften, sondern die oft nicht minder qualifizierten Zeitarbeiter im Geschäft? Wie sorgt man für Berufseinstiegschancen der Jüngeren?

Sicher – all das wird versucht, wird teils auch diskutiert. Aber: Einerseits sind Versuche unübersehbar, all dies zu nutzen, um die Gesamtlast der Krise (siehe die „Bad-Bank“-Debatte) bzw. eigene verfehlte Innovations- und Produktstrategien (Automobilbranche) gänzlich auf Kosten der öffentlichen Hand zu entsorgen. Und es wächst die Gefahr von Protektionismus und nationaler Abschottung. Dagegen organisiert sich Widerstand – und zwar europaweit. Gut so – denn es gibt keine deutschen, französischen oder sonstigen nationalen Lösungen. Gerade noch rechtzeitig hat Barack Obama das „Buy American!“ entschärft. Andererseits ist die Welt nicht wirklich gerettet, wenn nur der Zustand vor der Krise konserviert werden soll. Nein: Das globale Casino muss ein für allemal geschlossen, die Finanzwirtschaft wieder als Kreditwirtschaft konstituiert, die Realwirtschaft nachhaltig umgebaut und die Wissensgesellschaft nicht nur beschworen, sondern verwirklicht werden. Worum es jetzt geht, das ist tatsächlich die bessere Welt danach. Ja, auch die Lebensweise der Zukunft: mit vernünftigem Umgang mit Geld, mit nachhaltigen Produkten, sozialer Integration, mit Verantwortung vor den nachrückenden Generationen – und zwar weltweit, nicht nur in nationalen oder kontinentalen Paradiesen.

Kein Wettlauf um das dickste Konjunkturprogramm, die vollmundigste Schuldzuweisung oder um den dicksten Batzen von der öffentlichen Hand, sondern um die treffsicherste Lösung um die strukturell nachhaltigste Lehre aus der Krise – darum muss es gehen.



Dr. Thomas Falkner

ist Referent für Grundsatzfragen in der LINKEN Landtagsfraktion in Brandenburg.

Odo von Aktenrath Abgeordneter im Ruhestand

Lieber, sehr verehrter Freund,

Sie werden sich wohl wundern, wenn Sie diesen Brief erhalten, allein – es kommt vor, dass wir gute Vorsätze zum Jahreswechsel auch ins Leben tragen. So habe ich seit geraumer Zeit darüber nachgedacht, mich aus dem aktiven politischen Leben zurück zu ziehen. Und nun habe ich eben dies vollzogen, mit der Niederlegung meines Mandats. Selbstredend verabschiede ich mich damit nicht aus der Welt und will Ihnen gerne auch weiterhin die eine oder andere Reflexion zum hiesigen Geschehen unterbreiten, nun mit etwas mehr Abstand. Aber eben dieser Abstand – und das ist Ihnen gewiss nicht entgangen – ist in mir in den letzten Monaten zunehmend angewachsen und hat mir so meinen Schritt ganz wesentlich erleichtert.

Aber genug davon, schauen wir in das Gegenwärtige. Da musste ich dieser Tage einen so bemerkenswerten wie symbolhaften Vorgang vermerken: Unser Land hat einen Orden verliehen. An die Bundeskanzlerin. Nun wohl, es handelt sich um einen Karnevalsorden, aber sein Name! „Närrisches Sachsen-Anhalt“! Ich kann mich des Eindrucks nicht vollends erwehren, dass hier Programmatisches offen zu Tage tritt. Gar manches, was ich in diesen Wochen beobachtete, ist des Attributs des Närrischen wohl mehr als würdig.

So packte mich doch ein wahres Hochgefühl, als ich dieser Tage lesen durfte, der Verfassungsschutz des Landes (!) habe mal so einfach über zwei Jahre „im Probetrieb“ elektronische Datenspeicherung von Minderjährigen betrieben, ohne jede gesetzliche Grundlage. Bemerkenswert. Man stelle sich doch einmal vor, welche Perspektiven eine solche Verfahrensweise eröffnete, sollte sie denn Schule machen. Betrachten wir doch zwei eher lapidare Beispiele, welche das Hohe Haus ganz unmäßig beschäftigt haben. Zunächst das Nichtraucherschutzgesetz, zu Teilen vom Landesverfassungsgericht schon wieder gekippt. Mit Probetrieb hätte doch beispielsweise gleich einmal ein totales Rauch- und Tabakverbot im Lande eingeführt werden können – ohne Gesetz sollte das

ja einfach sein. Vielleicht hätten wir nach Ablauf der Probestufe eines Gesetzes gar nicht mehr bedurft? Was hätte uns das ersparen können ... Oder besser noch das gerne so bezeichnete Kampfhundegesetz. So viel an Koalitionsgekläffe hätte nie stattgefunden, hätte man die Sache einmal zwei Jahre ausprobiert. So als Gesetz auf Probe eben. Vielleicht gäbe es heute die viel gescholtene Rasseliste, vielleicht dürften noch im Besitz ihrer Zähne befindlichen Hunde gar nicht mehr auf die Straße?

Politik könnte so vieles an Kreativität gewinnen, könnte sie mehr ausprobieren. Ich will ja nun nicht so weit gehen, dass Wahlen erst einmal auf Probe abgehalten werden. Die möglichen Konsequenzen mag ich mir gar nicht ausmalen, die Wahlbeteiligung könnte wahrhaft explodieren, die Gewählten könnten viel unbelasteter agieren, sie wären ja eben mal nur auf Probe im jeweiligen Mandat. Oder denken Sie an das Familien-, das Scheidungsrecht gar – nie Gedachtes könnte Wirklichkeit werden. Aber genug davon, sonst liefe ich noch Gefahr, darüber zu sinnieren, ob hier nicht vielleicht vielmehr im Probetrieb läuft, als wir alle vermuten. Wir leben in einem Rechtsstaat, und dabei soll es denn auch bleiben.

Unser Land ging dieser Tage – von vielen ehrlich bedauert, was schon eher selten ist – eines Staatssekretärs verlustig. Der Mann wollte in den einstweiligen Ruhestand und erklärte felsenfest, die Ursachen lägen mitnichten in politischen Differenzen mit seinem Minister oder gar der Landesregierung. Sei es dahin gestellt. Aber dass in derselben Erklärung des Ministeriums besagter Minister wörtlich erklärt: „Am Ende konnten wir unsere unterschiedlichen Auffassungen nicht austräumen.“, dann fühle ich mich – gelinde ausgedrückt – verwirrt.

Sie sehen, lieber Freund, das „Närrische Sachsen-Anhalt“ ist reich an Facetten, so manche Seite ließe sich hier noch füllen. Aber für heute mag es reichen. Ich will meinen Optimismus nicht völlig verlieren und hoffe deshalb, Ihnen alsbald einmal mitteilen zu können, dass unser kleines Land der schlimmen Wirtschafts- und Finanzkrise zu trotzen vermag, so gut es eben kann.

**In freundlicher Verbundenheit
Ihr v. Aktenrath**

Termine

DIE LINKE in Bund und Land

28. Februar / 1. März 2009
Europaparteitag und VertreterInnen-
versammlung in Essen

6./7. März, Geschichtskonferenz der
LINKEN in Leipzig „**Das Grundgesetz:**
Offen für eine neue soziale Idee“

26. März, 10.00 Uhr, Betriebsrätekon-
ferenz der Landtagsfraktion, Magdeburg

3. April, 18.00 Uhr, Kreisvorsitzenden-
beratung in Magdeburg

25. April, 10.00 Uhr, Wahlkampfauf-
takt in Sachsen-Anhalt und
VertreterInnenversammlung zur Wahl
der Landesliste zur Bundestagswahl,
12.00 Uhr, Magdeburg, BTM, Rogätzer
Straße 8

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN-ANHALT

Schulpolitische Konferenz
7. März 2009, 10.00 Uhr, Magdeburg,
Landtag, Domplatz 6-9
„Bildung, die ankommt“

Geschichtspolitische Konferenz
9. Mai 2009, Magdeburg, Büro- und
Tagungs-Center, Rogätzer Str. 8
„Luxemburg, Liebknecht – und die
Freiheit der Anderen“

Ansprechpartner: Dirk Rumpf,
0391-25191473, info@rosaluxsa.de

Bildnachweis

© tfazevedo – Fotolia.com (1)
© oscurecido – Fotolia.com (4)
© Gernot Krautberger – Fotolia.com (6)
© Trialon (9)
© Joy Fera – Fotolia.com (12)
© view7 – Fotolia.com (16)
© Gilles Cohen – Fotolia.com (18)
© Marie-Lan Nguyen / Wikimedia
Commons (20)

Buchtipps zum Frauentag:



Antifaschistisch, europäisch, liberal

Berliner Aufbau-Verlag präsentiert die Autobiographie einer starken Frau

Simone Jacob wurde 1927 in einer jüdischen Familie in Frankreich geboren. Als 16-Jährige wird sie in Nizza von der Gestapo verhaftet und nach Ravensbrück, später nach Auschwitz deportiert. Die letzte Station des Martyriums ist Bergen-Belsen, dort wird sie am 15. April 1945 befreit. Sie verliert die Eltern und den Bruder im Holocaust.

Nach Kriegsende heiratet sie und heißt fortan Simone Veil. Sie studiert, beginnt ihre politische Karriere in der Verwaltung und hat seit den 1970er Jahren mehrere Ministerämter inne. Sie wird eine der bekanntesten Politikerinnen Europas und verkörpert vor allem eines: Das Streben nach Unabhängigkeit und Freiheit. Die dreifache Mutter wird zur „Madame le Ministre“ unter Jacques Chirac. Ihr Kampf für die „Loi Veil“, die Legalisierung der Abtreibung, geht in die Geschichtsbücher ein.

Sie kandidiert zu den Europawahlen 1979 für die französische Zentrumspartei (UDF) als Spitzenkandidatin. Als Präsidentin des Europäischen Parlaments (1979-1982) ist sie die erste Frau in diesem Amt und engagiert sich für antifaschistische Initiativen und für die Rechte der Sinti und Roma.

Zur ihrem 80. Geburtstag legte sie 2007 in Frankreich unter dem Titel „Une Vie“ (Ein Leben) ihre Erinnerungen vor, die jetzt der Aufbauverlag in deutscher Sprache herausgegeben hat. Sie berichtet fesselnd vom Austausch mit Politikerinnen wie Hillary Clinton oder Margaret Thatcher und schildert spannende Begegnungen mit den Mächtigen ihrer Zeit: Helmut Schmidt, Bill Clinton, George Bush, Nelson Mandela, Papst Johannes Paul II. „Veil hat teilgehabt an den symbolbeladenen Ereignissen des 20. Jahrhunderts“, schrieb die Süddeutsche Zeitung. Zum Ende ihres Lebens erhielt sie zahlreiche Ehrungen und wurde in die „Académie française“ aufgenommen. Stets hat sich Simone Veil für die Menschenrechte und die Gerechtigkeit stark gemacht. Die Autobiographie ist nicht nur das Portrait einer erfolgreichen Politikerin, es ist vielmehr ein spannendes europäisches Geschichtsbuch, das auf die letzten 80 Jahre zurückblickt.

Simone Veil

Und dennoch leben.

Die Autobiographie der großen Europäerin, gebunden, 316 Seiten, Aufbau-Verlag Berlin 2009, ISBN: 978-3-351-02677-6
22,95 €

Was vom Manne übrig blieb

Männer sterben durchschnittlich sechs Jahre früher als Frauen, Jungen schneiden in der Ausbildung und im Studium häufig schlechter ab als Mädchen. Obdachlosigkeit, Suchtkrankheiten, Suizid treffen deutlich mehr Männer als Frauen. Mit anderen Worten: Der Lack der traditionellen Männlichkeit ist ab. Entsteht bald eine Männerbewegung? Fundiert und unterhaltsam untersucht der Soziologe Walter Hollstein Männlichkeitsbilder, überholte Klischees und weist Wege in die Zukunft.

Walter Hollstein

Was vom Manne übrig blieb.

Krise und Zukunft des „starken“ Geschlechts, gebunden, 304 Seiten, Aufbau-Verlag Berlin 2008, ISBN: 978-3-351-02659-2
19,95 €